

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen

Montag-Ausgabe
Halle-Saale
Montag, 28. Mai 1923
Verlagspreis: monatlich 4.400.— mit Zustellgebühr. Bestellungen nehmen sämtliche Postämter, Zeitungsverleger und andere Anzeigenstellen entgegen. — Höhere Gewalt entbindet den Verlag von Schadehalten.
AnzeigengPreis: Die Spaltenbreite 36 mm breit mit Grundgröße 200.— A. Kleine Anzeigen 100.— B. Familienanzeigen 100.— C. Die Spaltenbreite 30 mm breit mit Grundgröße 800.— A. Neben nach Karte, Zeitungsverleger Halle-Saale
Gefäßstille Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürststr. 2900
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag v. Dr. Otto Hehle, Halle-Saale

Die Zusatzbürgerschaft der deutschen Wirtschaft

Das Opfer der deutschen Industrie

(Eigener Drahtbericht)

Berlin, 28. Mai.

Nach Mitteilungen aus parlamentarischen Kreisen, in denen der Vorkampf des Reichstages am Sonntag über die Zusatzbürgerschaft des Reichsverbandes der deutschen Industrie bereits fast mehreren Tagen bekannt ist, hält sich dieser rein nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten angeordnete Vorkampf im Rahmen des letzten von der Reichsregierung gemachten Angebotes an die Entente. Die Wirtschaft verpändet sich mit nicht als 50 Prozent des Verkaufswertes ihres gesamten Immobilienvermögens als Zusatzbürgschaft für die von Reich und Ländern aufzubringenden Siderenteiten. Sie stellt nach den Berechnungen einen jährlichen Betrag von etwa 7/8 Milliarde Goldmark dar, wovon die Industrie ihrerseits 1/2 bereitstellt, rund 40 Prozent aufzubringen. Den gleichen jährlichen Betrag hat, eine wegen fortschreitender Sanierung im übersteigerten Maße werden Reich und Länder auf Grund ihres eigenen Schicksalles auf sich nehmen. Mit den Vertretern der Landwirtschaft finden gegenwärtig Verhandlungen über ihre Anteilnahme an der Zusatzbürgschaft statt, zugleich wird mit den Ländern und den beteiligten Reichsregierungen über die Verteilung der Siderenteitenleistungen eingetreten.

Die Frage einer Privatisierung der Reichseisenbahn ist in den Verhandlungen nicht berührt worden. Bezüglich der innerwirtschaftlichen Voraussetzungen wird auf die Sanierungsmaßnahmen zurückgegriffen, die von dem Kabinett Wirth in seiner letzten Reparationsnote an die Entente angekündigt worden sind. Da das Gegenüber einer Reihe von Forderungen im Auslande erst Ende der Woche vorliegen kann, ist mit einer Heberziehung der deutschen Antwort, deren Notwendigkeit noch nicht feststeht, vor Beginn der nächsten Woche nicht zu rechnen.

Baldwins künftige Politik

Baldwin und Chamberlain

(Eigener Drahtbericht)

Paris, 28. Mai.

Die aus London eintreffenden Meldungen haben hervor, wie sehr in vorigen Kreisen bekannt wird, daß Baldwin eine Einigung der Konventionen nicht hofft, bis der nächste Frühling. Er habe nichts unerzucht gefast, um dieses Ziel zu erreichen. Wie der „Matin“ mitteilt, ist es für niemand ein Geheimnis, daß Baldwin zum mindesten einen Mitarbeiter unter den Politikern führt, die Lloyd George zu seinem Minister begleiten. Doch wäre seine Politik bis zu dem erstellten Widerstand des Reiches und zumal an dem Widerstand seiner eigenen Minister geknüpft. Wie der „Temps“ gestern ankündigt und der „Matin“ heute bestätigt, hätten mehrere (drei) Minister mit ihrer Demission gedroht, wenn Chamberlain in das Kabinett eintrat. Das Chamberlain selbst nichts schenken möchte, als im Kabinett Baldwin mitzuführen, geht aus einem offenen Brief hervor, den er gestern Abend an seine Wähler richtete. In diesem Briefe heißt es: „Mit Vergnügen hätte ich die Verantwortung versehen, wenn man mich um meine Stelle gebeten hätte. Ich würde die Regierung gern zur Verfügung gestellt haben.“ Doch hätten Chamberlain zufolge gewisse Einflüsse sich geltend gemacht, um diese Idee nicht zu verwirklichen. Was das Reparationsproblem anbelangt, so wird Baldwin, sobald er sich der Unterstützung seiner Partei versichert hat, eine Voruntersuchung über die verschiedenen englischen Schuldenforderungen in Europa vornehmen, um der Regierung das Bestmögliche zu empfehlen. Die in diesen Wärdern ausgesprochene Vermutung, daß Baldwin sich mit Lord Curzon abzuverhandeln habe, daß letzterer die Führung der auswärtigen Politik zum größten Teil übernehmen soll, scheint durchaus unbegründet zu sein. Es hat vielmehr den Anschein, daß der englische Premierminister eine sehr aktive und verlässliche Politik führen wird.

Baldwin für ein englisch-französisches Defensiv-Bündnis

London, 27. Mai.

Der diplomatische Berichterstatter des „Observer“ schreibt, es vermute, daß Baldwin entschlossen sei, sofort die Forderungen der Reparations- und Währungsfragen an die französischen Regierungen in Kenntnis zu nehmen. Einmalig er für das Wochenende aufs Land gegangen sei, um sich zu erholen, werde ein Teil des heutigen Tages diesen Fragen gewidmet sein, und es werde in Regierungskreisen anerkannt, daß die wirtschaftliche Seite des Reparationsproblems an Bedeutung hinter die Frage der französischen Sicherheiten rücke und daß eine Regelung des Reparationsproblems nicht erfolgen könne, bevor die französische Furcht vor Deutschland beseitigt werden könne. In diesem diplomatischen Kreise werde daher der Gedanke aufgeworfen, dem militärischen Fall, der Frankreich in Gefahr ansetzt, wurde, eine der Defensiv mehr entsprechende Form“ zu geben. Es werde angenommen, daß dieser Weg zu einer Vereinbarung mit Frankreich vorzuziehen wäre, wenn die französische öffentliche Meinung sich entschließen könne, eine Garantie anzunehmen, die nur gegen einen deutschen Angriff

gerichtet sei. Eine Forderung etwaiger französischer Pläne gegen Deutschland könne nicht in Frage kommen.

Frankreichs Unzufriedenheit mit Baldwins Kabinett

Paris, 27. Mai.

„Journal“ schreibt, in einigen Tagen werde man das Programm des neuen britischen Kabinetts kennen. Das sei ihm so wichtig, als dieses Wintersemester nicht vollzogen werden dürfe. Die ersten Schritte auf dem Wege der Sanierung der französischen Währungsfrage, Baldwin ist genuggenommen gewesen, durch Aushebung von M. Rebecq und Lord Robert Cecil in seine Regierung zwei Elemente einzuführen, die eine ausgeprägtere Evolution im Sinne einer radikalen Wendung beabsichtigen. „Echo de Paris“ hebt ebenfalls in abschließender Weise über den Eintritt Cecils und Rebecqs in das Kabinett Baldwin.

Cecil eine Gefahr für die Entente cordiale

Paris, 28. Mai.

„Glaire“ bringt Ausführungen über die aller Wahrscheinlichkeit nach vom Kabinett Baldwin verfolgte Politik. Man glaubt, daß Baldwin die Politik des Kabinetts Bonar Law verfolgen werde. An eine in England beachtete Rundfrage eines französischen Volkswirtschaftlers anknüpfend, wörtlich der Verfasser vor dieser vorgefassen Meinung und erklärt in Lord Cecil eine große Gefahr für das künftige Zusammengehen Englands und Frankreichs gegen die Konventionen, die einzig für eine Zusammengehen mit Voince sein. Der Ministerrat der Konventionen nehme immer mehr zu und werde den baldigen Triumph der Arbeiterpartei vor, wenn sie Frankreich verliere, gleichzeitig Bedenken an eigenen Lande werfe. Wenn die belgische Regierung dem Druck widerstehe, den England zu gunsten Deutschlands auf sie ausübt, so könne dieses Land vielleicht auf den richtigen Weg zurückgebracht werden. Das schienen Clemens und Papar diesem Druck nachgeben zu wollen.

Die Ermordung Schlageters Eine schwedische Stimme

Stockholm, 27. Mai.

Zur Ermordung Schlageters schreibt „Allhanden“: In der ganzen Welt wird diese Gattanktat berichtigte Entschuldigung herbeiführen. Schlageters Tod wird als Märtyrertod betrachtet werden, und was aus dieser Wut hervorzutreiben kann, wird die Zukunft zeigen. Man muß jedoch an den französischen Terror im besetzten Deutschland unter Bonaparte denken, so Schills tapfere Kameraden mit dem Tode oder einem Leben schlimmer als der Tod auf französischen Galereen verurteilt wurden, weil sie vaterländisch handelten. Dies würde der Anfang zu Europa Freiheitlichkeit gegen die damalige französische Bedrückung. Die Geschichte ist eine Bekehrung. Dem, der ihre Lehren beachtet, geht es auf die Dauer nicht gut.

Dollar amtlich 61 864,95 G.

Sortdauer der Unruhen in Bochum

Bochum, 27. Mai.

Gestern Abend kam es hier wieder zu größeren Unruhen. Die Demonstranten verurteilten mehrere Geiseln zu nehmen. Die Feuerwehr betrat die Gefangenen und vertrieb die Unruhstörer, wobei es Tote und Verwundete gab. Bei einer Razzia wurden hunderte Gefangene, die mit Revolvern und Karabinern bewaffnet waren, eingekerkert. Heute Morgen gegen 5 Uhr wurden Bothen der Feuerwehr von einer Gefangenentruppe abgeholt. Einer der gefangenen Bothen wurde verletzt, im Innern der Stadt ist die Feuerwehre Herr der Lage. Am Eingang der Stadt stehen rote Bothen. Seit gestern früh sind in den Straßenhäuser 4 Tote und 30 Verwundete, darunter eine größere Anzahl in Lebensgefahr schwerer eingekerkert worden. Die seit Monaten schon bestehende Sperre des hiesigen Telephonverkehrs macht sich bei den gegenwärtigen Unruhen besonders nachteilig fühlbar.

Handgranatenüberfall auf die Polizei

Ein Beamter tot, sieben verwundet.

Dortmund, 27. Mai.

In der vergangenen Nacht wurde nicht bei dem Bureau der Zentralfeuerwehr in der Kurlingstraße ein mit Polizeimannschaften besetztes Auto beschossen, was mit Handgranaten bewarfen. Dabei wurde ein Oberwachtmeister getötet, ein zweiter durch zwei Handgranaten schwer verletzt und sechs andere verwundet. Zwei zur Hilfe heranziehende Polizeicommandos erlitten ebenfalls auf dem Postfeld heftigen Artilleriebeschuss mit mehreren Feuerwehren, besonders mit Handgranaten, ausgetrückt gewesen sein. Einer der bei dem Sturm auf die Steingasse in der vorigen Woche verletzten Polizeibeamten ist inzwischen sein Verletzungen erlegen.

Die Streifeleitung in Dortmund bestellte am Morgen 35000 Drote aus den Gefängnissen der ruffischen Generalkommandos. Die Stimmung der Dortmunder Streifen ist nach wie vor erbittert.

Alle Eisenbahner sollen ausgewiesen werden

Frankfurt a. M., 27. Mai.

Nach einer Bekanntmachung des Generaldirektors sollen sämtliche Eisenbahner, die sich nicht innerhalb zweier Tage der französischen Eisenbahnregie zur Verfügung stellen, ausgewiesen werden, soweit sie das 60. Lebensjahr nicht vollendet haben. Angestellte, Beamte und Arbeiter, die über 60 Jahre alt sind, gelten als aus dem aktiven Dienstverhältnis entlassen und verlieren damit jeden Anspruch auf irgendwelche Bezüge.

Düsseldorf, 27. Mai.

Die Düsseldorf Nachrichten melden: Die Massenausweisungen von Eisenbahnbeamten wurde gestern fortgesetzt; hauptsächlich wurden die an der Friedebriefstraße anässigen Familien von der Ausweisung betroffen.

Die ausgewiesene Polizei soll für Ordnung sorgen

Paris, 28. Mai.

Sonnes meldet aus Düsseldorf, man habe angekündigt, die Befugnisse der ausgewiesenen Beamten nicht zu verlieren. Es sei zu festzustellen, daß die Rückführung niemals den Zweck gehabt habe, die Verwaltung des besetzten Gebietes zu übernehmen, und daß es nicht in der Absicht der alliierten Regierungen liege, sich in die innerdeutschen Angelegenheiten einzumischen. Der deutsche Polizei (die ausgewiesenen) seien zu verurteilen, die Gruppen würden nur dann eingreifen, wenn ihre Sicherheit bedroht würde. Widerlicher kann die Suchelei kaum getrieben werden.

Ein neues Werdener „Urteil“

Das Kriegsgericht der 77. Division urteilte gestern Abend den Rabatrat des Landkreises Offen Dr. Schöne zu 5 Jahren Gefängnis und 10 Millionen Mark Geldstrafe, weil er an General Dequoin einen farbigen Protest geschrieben hatte, in dem er sich über die der Stadt Rehmig auferlegten Entnahmen beschwerte.

Ein Raub von 100 Milliarden

Genève, 27. Mai.

Wie bereits kurz gemeldet, bestanden die Franzosen heute Morgen die hiesige Filiale der Reichsbank. Die französischen Soldaten drangen in das Gebäude ein, überbrannten Tische und Bänke und hielten über die gebliebenen Tresore her. Ein Offizier verlangte von der Reichsbank die Veranlagung von 60 Milliarden, dies wurde natürlich verweigert. Wie wir hören, haben die Franzosen etwa 75 Milliarden an sich genommen. Die Reichsbank ist zur Stunde noch besetzt.

Genève, 27. Mai.

Die Franzosen haben das ihnen gestern auf der hiesigen Reichsbank in die Hände gefallene Geld, das dem Vernehmen

